**Pressemitteilung der Hamburger Initiative Lieferkettengesetz, 14.12.2020**

**Mit einem Lieferkettengesetz wäre das nicht passiert. Hamburger Neumann-Kaffee-Gruppe verweigert Entschädigungen**

**Pressefotos in Druckqualität ab nachmittags hier zur Verfügung:**

http://goliathwatch.de/aktionneumann-lieferkettengesetz/

Aktivisten protestierten heute in der HafenCity Hamburg. Sie kritisieren den Hamburger Weltmarktführer im Rohkaffeehandel. „Vertreibung in Uganda verhindern, Lieferkettengesetz jetzt!“ steht auf Plakaten. „Vertrieben klagen ihre Rechte ein. Neumann-Kaffee-Gruppe verweigert Entschädigung“ kritisiert die Hamburg Initiative für ein Lieferkettengesetz, ein breites Bündnis aus Kirchen, Menschenrechtsgruppen oder Umweltverbänden. Mitgebrachte Grabsteine und zerstörte Häuser machen auf die Menschenrechtsverletzungen des Konzerns aufmerksam.

„Wir fordern von dem Geschäftsführer David M. Neumann, sich deutlich zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen zu bekennen und sich öffentlich für ein Lieferkettengesetz auszusprechen. Mit einem Lieferkettengesetz hätten die Kleinbauern unter menschenwürdige Bedingungen ihr Land übertragen. Der Neumann-Gruppe wäre ein jahrelanger Rechtsstreit und ein erheblicher Imageschaden erspart geblieben“, so Dr. Thomas Dürmeier von Goliathwatch.

„Die Neumann-Kaffee-Gruppe profitiert seit 19 Jahren davon, Landflächen in Uganda für den Kaffeeanbau nutzen zu können, während viele Menschen auf Grund der Vertreibung in bitterer Armut leben. Wir fordern die Neumann Kaffee Gruppe auf, die Vertriebenen angemessen zu entschädigen. Auch Unternehmen, die Kaffee von Neumann beziehen, sollten sich dringend dafür einsetzen“, so Julia Sievers von der Agrar Koordination.

4000 Menschen wurden 2001 im Bezirk Mubende in Uganda vertrieben, teils von der Armee mit Gewalt, damit die ugandische Regierung mit der Neumann Kaffee Gruppe einen Pachtvertrag abschließen konnte. Nach der Klage der Vertriebenen wurde das Gerichtsverfahren in Uganda über viele Jahre hinweg verschleppt.

Mit einem Lieferkettengesetz könnten Unternehmen dazu verpflichtet werden, Risikoanalysen für ihre globalen Lieferketten durchzuführen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Risiken für Menschenrechte und Umwelt zu verhindern

**Pressekontakt:**

**Dr. Thomas Dürmeier, Goliathwatch, 0177 / 4 28 29 25**

**Julia Sievers, Agrar Koordination, 0176 / 95 27 56 92**

**Initiatoren:** Wir sind das regionale Menschenrechts- und Umwelt-Bündnis der bundesweiten Kampagne Lieferkettengesetz.